

Herzlich willkommen zum Newsletter der neuen Dynamik. Sollten auch wir uns ein Beispiel an Patrick Lindner nehmen und Platz für Erneuerung schaffen? Wir glauben, nein.

Bei manchen Mailprogrammen schleichen sich in den Newsletter Sonderzeichen ein (so wie der Staat in unsere Freiheiten), die die Lesbarkeit erschweren. Für diesen Fall unser Angebot im pdf-Format:

http://www.strafrecht-online.org/pdf.2011_12_16

I. Eilmeldung

< Briefe, die uns zum Jahresende erreichten >

Gerade gegen Ende des Jahres häuft sich bei uns ein wenig die Post. Denn auch unseren AbonnentInnen scheint eine Bilanz (siehe insb. u. VI.) am Herzen oder auf der Seele zu liegen.

Gerlinde K. aus Freudenstadt jedenfalls äußert sich zu unserer Beruhigung weitgehend positiv: „Gerade die Sparte „Aus Haus & Garten“ hat mir ganz gut gefallen, wengleich ein paar Farbfotos und Schaubilder wünschenswert gewesen wären.“

Auch Fritz P. aus Bonn mahnt bescheiden eine größere Leserfreundlichkeit an: „Früher gab es immer solche Serien zum Ausschneiden und Sammeln, zum Beispiel der Schwerpunktteil Mandschurei. Könnte es derartige Aktionen nicht häufiger geben, vielleicht auch über den Regenwald?“

Carla C. aus Leipzig hingegen scheint weniger zufrieden zu sein: „Sollten Ihnen einmal in der Übung die Fälle ausgehen, schlage ich den folgenden vor: „Prüfen Sie einen x-beliebigen NL im Hinblick auf die Strafbarkeit wegen Volksverhetzung, Untreue, Beleidigung und Verleumdung; Seitenbegrenzung: (fairerweise) keine.“

Mit Christian L. aus Wermelskirchen wiederum teilen wir eine gewisse Ratlosigkeit, wenn er schreibt: „Ich weiß nicht, ob ich lachen oder weinen soll.“

Und auch bei Ricarda P. aus Mülheim an der Ruhr schwingen in einem gewagten Vergleich eher negative Untertöne mit: „Wenn Ivan Lendl zum Lachen in den Keller ging, wäre er bei der Lektüre des NL nie in diesem gelandet.“

Eine eher negative Bilanz also? So schwarz sollten wir das Bild nicht malen, wir werden in Zukunft zur Sicherheit allerdings alles um „Haus & Garten“ stricken

II. News aus der Quasi-Politik

< Niemand hat die Absicht, einen Mitgliederentscheid durchzuführen. >

„Das Abstimmungsverfahren gleicht einer Briefwahl“, schreiben die Demokraten von der FDP. Und wir fragen uns, wie sich die FDP so eine Briefwahl eigentlich vorstellt.

<http://www.fdp.de/-/2116c13792i1p397/>

Also, das geht ganz einfach: Die Wahlunterlagen werden in einem Heft abgedruckt, in dem der Bundesvorsitzende, der als Mitglied des Bundesvorstandes nach Satzung den Mitgliederentscheid durchzuführen hat, sich zum Parteipräsidenten macht und gleich mal unumwunden zugibt: „Sie werden deshalb von mir nicht erwarten, dass ich als unparteiischer Parteipräsident über allem schwebe.“

<http://elde-online.de/pdf/Sonderelde112011.pdf>

Nein, das werden wir nun wahrlich nicht erwarten, denn genau genommen erwarten wir gar nichts von der sog. „FDP“.

Im Antrag des Herrn Präsidenten findet sich dann der schöne Punkt: „Europa lebt von der Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist der Mitgliederentscheid der FDP ein Gewinn für die demokratische Meinungsbildung.“ Bedeutet dies dann etwa, wenn Generalsekretär Lindner kurz vor Einsendeschluss erklärt: „Die Nichtbeteiligung ist auch eine Entscheidung“, dass die Nichtbeteiligung eine Entscheidung gegen das Leben Europas ist?

Und noch etwas fragen wir uns: Was passiert denn eigentlich, wenn die Zahl der Mitglieder während des Mitgliederentscheids im üblichen Jürgen-W.-Möllemann-Sturzflug-Tempo sinkt und nicht nur der Euro-Reservefallschirm versagt? Also haben wir kurzentschlossen am Dienstagabend nachgefragt:

„Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

im Ortsverband haben wir heute eine interessante Fragestellung diskutiert:

Was passiert eigentlich, wenn die FDP zum Ende des Mitgliederentscheids nur noch ein Viertel ihrer Mitglieder im Vergleich zum Beginn hat? Kann das Quorum dann trotzdem noch erreicht werden?

Vielleicht können Sie uns hier weiterhelfen, wir waren überfordert.“

Doch der Generalsekretär antwortet nicht. Denn er kann nicht mehr antworten. Er ist aus der Parteispitze abgesprungen. Stattdessen beruhigt uns Frau Seidel aus der Bundesgeschäftsstelle:

„Vielen Dank für Ihre Zuschrift. Dies war nicht der Fall. Die Zahl der Mitglieder beträgt nach wie vor 64.000. Ausschlaggebend ist die Zahl der versendeten Unterlagen und damit die Zahl der Mitglieder zu Beginn des Verfahrens.“

Gerade nochmal gut gegangen also, auch wenn wir das mit den 64.000 Mitgliedern nicht recht glauben können. Doch das interessiert eigentlich sowieso niemanden mehr, denn der Mitgliederentscheid ist zu diesem Zeitpunkt bereits überholt. So fragt die Redaktion von tagesschau.de ihre Leserinnen und Leser: „Trauen Sie der FDP einen Neuanfang zu?“

<http://www.tagesschau.de/fdp582.html>

Innert nur knapp 30 Stunden stimmen 23.763 Stimmberechtigte persönlich ab (88 % für „Nein!“), das Quorum ist erreicht und der Leser(innen)entscheid bindend für die gesamte FDP. Es wird deshalb erwartet, dass Rainer Brüderle auf einem Sonderparteitag Anfang nächsten Jahres zum Insolvenzverwalter ernannt wird und die Liquidation der FDP zügig zu Ende bringt. Und bis dahin darf der neue General Patrick „Die Sache ärgert mich persönlich am allermeisten“ Döring den Karren noch etwas weiter in den Dreck fahren, Kollisionen mit Bundesaußenminister Westerwelle nicht ausgeschlossen.

III. Law & Politics

< Der LSH prüft Herabstufung der EU auf Ramschniveau >

Der LSH hat sich am heutigen Freitag entschlossen, die Einstufung der Europäischen Union im Freiheitsranking wegen der sich weiter verschärfenden Krise zu überprüfen. Sollte die Union den Test nicht bestehen, droht ihr die Herabstufung auf CCC-, ein Ramschniveau, das seit dem Ende der DDR nicht mehr vergeben wurde.

Schon die allgemeine Entwicklung innerhalb der letzten Jahre hat gezeigt, dass „Speichern und Verbieten“ von der Politik als Universallösungen aller Probleme erkannt werden. Verbote (z.B. Alkoholverwerb, -verzehr, NPD) und Datensammlungen (Islamisten, Vorratsdaten, Visa-Warn-Datei, Nazis) werden als alternativlos bezeichnet, weil Alternativen nicht reflektiert werden. Konkreten Anlass zur Prüfung hat aber nunmehr ein „Indect“ genanntes Projekt gegeben, das von der EU mit etwa elf Millionen Euro gefördert wird und das bei der Fußball-EM im nächsten Jahr bereits erstmalig zum Einsatz kommen könnte.

Das Akronym „Indect“ steht für „Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environments“. Hinter der mächtigen Projektbezeichnung steckt ein noch mächtigeres Paket von Maßnahmen, die eine nie dagewesene Überwachung des öffentlichen Raums ermöglichen. Kameras scannen den überwachten Raum permanent auf jede Art „sozial auffälligen“ Verhaltens.

Wer aus der Masse heraussticht, gerät ins Visier: Egal, ob Sie sich gegen den Strom einer Menschenmasse oder einfach nur schneller als die übrigen bewegen, schon ist Indect auf Sie aufmerksam geworden. Auch, wer sich ungewöhnlich lange an einem Ort aufhält oder sich intensiv umschaute, macht sich in den Augen des Systems verdächtig. Damit nicht genug: Selbst akustische Signale wie Geschrei oder (Fan-)Gesänge können von Indect wahrgenommen und ausgewertet werden.

Abweichendes Verhalten, das erst einmal nichts anderes als der Ausdruck einer eigenen Individualität ist, wird gleichgesetzt mit strafbarem (jedenfalls unbotmäßigem) Verhalten, das verhindert oder aufgeklärt werden soll. Will man nicht in den Fokus von Indect geraten, bleibt dem Einzelnen nur, seine Individualität weiter „dem Normalen“ anzupassen. Was als „abweichendes Verhalten“ definiert wird, halten die Projektbetreiber wohlweislich ganz nach dem Motto geheim: Intransparenz schafft Angst und fördert die Anpassung.

Die Technik dürfte der Erkennbarkeit beliebig definierbarer Verhaltensweisen dabei immer weniger Grenzen setzen, so dass sich nicht nur sozial auffälliges, sondern auch politisch unerwünschtes Verhalten herausfiltern ließe. Wenn man sie nicht schon generell als solche bezeichnen möchte, ließe sich die Technik jedenfalls leicht zur diktatorischen Wunderwaffe machen, die nach bestimmten Stichworten, Plakaten oder Symbolen oppositioneller Gruppen fahndet.

Damit sind die Funktionen von Indect aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Zum Überwachungsinstrumentarium gehört – man wundert sich mittlerweile schon nicht mehr darüber – auch eine Gesichtserkennung. Verknüpft mit biometrischen Dateien weiß das System also auch gleich, wer sich hier nicht konform verhält. Genug Daten hat man ja inzwischen angesammelt: Islamisten, Ausländer, Nazis und ähnliche Straftätertypen. Nun beginnt man, die Sammlung zu nutzen; das Netz der Überwachungsmaßnahmen wird an einer weiteren Stelle verknüpft, das Hindurchschlüpfen schwieriger.

Auch wer wider Erwarten noch keine Akte bei den Behörden haben sollte, ist vor Identifikation nicht sicher. Denn das System wird auch über eine Internetverbindung verfügen. Das weltweit verfügbare Wissen über eine Person, die sich gerade abweichend verhält, soll das System dadurch zur Verfügung stellen. Was hat der ins Visier Genommene bisher so beruflich gemacht? Mit welchen Dingen beschäftigt er sich in seiner Freizeit? Was schreibt er in Blogs und Foren? Mit wem ist er befreundet und in welchem Verhältnis steht er zu bestimmten Personen? Kurzum: Indect ermittelt das gesamte über Sie irgendwie verfügbare Wissen in Windeseile – und das nur, weil Sie auf Toilette müssen und sich deshalb den Weg gegen den Strom bahnen.

Gegen das System werden daher zu Recht größte Bedenken geäußert. Sie lassen sich auch nicht mit dem Hinweis darauf relativieren, dass hier nur eine Maschine agiere, die anders als ein wirklicher Polizeibeamter den einzelnen Menschen nicht „bewerte“. Denn zum einen ist die Effizienz technischer Überwachung (mit beliebig vielen Kameras) natürlich deutlich höher als diejenige der zwei Augen des Beamten. Zum anderen meldet

das System den Auffälligen letztlich doch an Sicherheitsbeamte, die diesen dann weiter kontrollieren werden – sofern er die Patientenakte seines Urologen nicht bei Facebook eingestellt hat, die ihm eine schwache Blase bescheinigt.

Falls das Sicherheitspersonal übrigens dann doch einmal nicht rechtzeitig eingreifen kann (etwa, weil es zu viele verdächtige Individualisten gibt), so nimmt eine Drohne Ihre Fahrte auf. Auch wenn Sie in ein Auto steigen, bleibt diese an Ihnen kleben und übermittelt den Sicherheitsbehörden Ihren gegenwärtigen Standort: keine Chance, sich der Kontrolle Ihrer Redlichkeit entziehen zu können.

Europa – Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts. So sieht sich die Union gerne selbst. Tatsächlich werden Freiheit und Recht einem überzogenen Streben nach Sicherheit völlig untergeordnet. Indect belegt dies in besonderer Weise: Die Freiheit des Einzelnen wird zum Anknüpfungspunkt, um in allen verfügbaren Quellen nach Erkenntnissen über den Betreffenden zu suchen. Angesichts dieser Eingriffstiefe trotz nichtigen Anlasses dürfte die Union mit einer CCC- Wertung noch gut bedient sein. Wirtschaftlich betrachtet sind die elf Millionen Euro hingegen sicher gut angelegt. Indect könnte ein Kassenschlager werden; jedenfalls wird die Anschaffung für das eine oder andere oft als „Unrechtsstaat“ gezeißelte Land sicher von Interesse sein. Die Kollegen von S&P dürfte das freuen. Immerhin.

<http://tinyurl.com/sz-indect>

< Rogue Sites am Pranger der Word-Wide-Web-Polizei >

Jeder kennt es, jeder nutzt es: das Internet. Viele wissen zudem, dass ein Abschalten des Internets oder aber das Sperren einzelner Inhalte schwierig bis unmöglich ist. Schon weniger wissen hingegen, dass die Domains .com, .de, .net usw. von der ICANN in den USA vergeben und gehostet werden. Löscht die ICANN diese Domains aus ihren Root-Servern, bedarf es eines erheblichen technischen Aufwands, um aus anderen Ländern entsprechende Domains anzuzeigen. Drei Viertel der Internetnutzer wären hiermit wohl hoffnungslos überfordert, mithin wäre eine faktische Zensur bzw. eine Internetsperre des Inhaltes eines Landes erfolgt.

„Wo liegt das Problem?“, werden nun viele fragen. „Die ICANN wird doch wohl kaum die Domains abschalten?“ Die ICANN nicht, die US Regierung vielleicht schon bald. Unter dem Kürzel SOPA (Stop Online Piracy Act) wurde ein Kongressentwurf veröffentlicht, der den amerikanischen Behörden weitreichende Eingriffsrechte über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus einräumt. Anstatt die Weltgemeinschaft mit einzubeziehen, soll in Zukunft ein nach amerikanischen Gesetzen zu ahndender Verstoß vorliegen, wenn erstens sich eine Website zumindest in einem Unterangebot an US-Publikum richtet und zweitens Urheberrechte verletzt oder Urheberrechtsverletzungen ermöglicht oder gefördert werden. Zwar sind gerade im Internet die strafrechtlichen Zuständigkeiten von Ländern umstritten. Die EU hat hier versucht, mit der Cyber Crime

Convention die Anwendungsbereiche der nationalen Strafrechtsordnungen zu harmonisieren. Die Vereinigten Staaten dagegen gehen lieber sicher und ihren eigenen Weg.

<http://tinyurl.com/Congress-SOPA>

Der Kongress bezeichnet die Seiten, die in den Fokus zu nehmen seien, als „Rogue Sites“, also Schurkenseiten, und knüpft damit an die legendäre Ära von Georg W. Bush an, der in seiner ihm eigenen Klarheit bzw. Eindimensionalität den Begriff der „Rogue States“ kreiert hatte: Staaten, die nach der Definitionshoheit der amerikanischen Regierung als diktatorisch, sich aggressiv verhaltend sowie die Stabilität in der Region gefährdend entlarvt worden waren.

Nun werden also seitens der US-Regierung sämtliche Suchmaschinenbetreiber den Schurken gleichgestellt. Denn jeder weiß, dass eine Suche über z.B. Google schnell Links zu einschlägig bekannten, urheberrechtsverletzenden Seiten eröffnet. Dies ist auch aufgrund der globalen Struktur des Internet nicht regulier- oder verhinderbar. Ähnlich dem Vorgehen gegen die in weiten Teilen rechtsgrundlos inhaftierten Guantanamo-Häftlinge sollen nun ohne gerichtliche Anhörung direkt Sperrungen verfügt werden. Zusätzlich können – ebenfalls ohne vorherige Rechtsschutzmöglichkeiten – Werbetreiber oder andere Anbieter gezwungen werden, ihre Angebote von den „Rogues“ zu nehmen. Und das nicht nur in den USA, sondern in der ganzen Welt.

<http://tinyurl.com/censorship-stop>

The American Way of Life und das hiermit kompatible Rechtsverständnis werden damit der ganzen Welt oktroyiert. So versucht die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) bereits jetzt, einen britischen Studenten ausliefern zu lassen, obwohl nach britischer Gesetzeslage unklar ist, ob seine Website überhaupt gegen britisches Recht verstößt. Dies aber ist der ICE gleichgültig. Chefermittler Eric Barnett hierzu: „Solange eine Domain mit .com oder .net endet und in den USA produzierte Inhalte verbreitet, ist sie ein legitimes Ziel für unsere Strafverfolgung.“ Damit setzen sich die US-Ermittler über andere nationale Rechtsordnungen oder anerkannte Strafverfahrensprinzipien hinweg. Begann diese bedenkliche Tendenz schon nach 9/11 mit der weltweiten Verhaftung von Terrorverdächtigen, scheint sich diese neue Maxime nun auch auf andere Rechtsgebiete zu erstrecken. Selbst wenn ein Webseiteninhalt im Ursprungsland keinen Verstoß gegen Urheberrechte darstellt, genügt ein Verstoß gegen amerikanische Rechte aus, um aktiv zu werden.

<http://tinyurl.com/Statement-Lamar-Smith>

Kombiniert man den weit gefassten Tatbestand des SOPA mit der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten per ICANN über das WWW wachen, ergibt sich eine erhebliche Bedrohung der Meinungsfreiheit ausgerechnet durch das Land, das sich seit jeher seiner Meinungsfreiheit rühmt. Durch die das Internet gerade ausmachende Verknüpfung der

Seiten untereinander und die Tatsache der ständig möglichen Änderung der Seiteninhalte stünden nahezu alle Seiten permanent unter dem Damoklesschwert der Sperrung. Zudem müsste jeder Nutzer nicht bloß prüfen, ob sein Angebot gegen das Recht seines Landes verstößt, sondern sich theoretisch weltweit informieren, wenn das US-Beispiel Schule machen würde. Dies ist aber nicht bloß für den gewöhnlichen Internetnutzer quasi unmöglich, sondern niemandem zumutbar. Die weltweite Abrufbarkeit der Informationsinhalte macht es notwendig, dass bei der Frage, welches Recht zur Anwendung kommt, Kompromisse eingegangen werden. Das Internet und seine Fülle von Informationen könnten nicht existieren, wenn jedes Land darauf insistieren würde, „sein“ Urheberrecht global durchzusetzen.

IV. Events

< TACHELES – Geistiges Eigentum in der Zeit des Internets >

„Wem gehört das Wissen?“, fragte Dr. Albrecht Götz von Olenhusen am Dienstag seine ZuhörerInnen im Rahmen der von der Humanistischen Union und dem LSH organisierten Veranstaltungsreihe TACHELES. Die starke Internationalisierung insbesondere durch das Internet habe das geltende Urheberrecht dysfunktional gemacht – „Versuchen Sie mal, im südamerikanischen Dschungel ihre Lizenzgebühren einzutreiben.“ – Nun gelte es neue Regeln zu finden. Im Laufe des Vortrags wurden den ZuhörInnen verschiedene diskutierte Ansätze zur Lösung der Problematik referiert und deren jeweils eigene Probleme aufgezeigt.

Von Olenhusen machte einen Wandel im Umgang mit dem Urheberrecht aus, der nicht zum Nutzen der Kreativen, sondern der Eigentumsindustrie verlaufe. Gerade die „fanatischen Vier“ Google, Apple, Amazon und Facebook würden das Feld des geistigen Eigentums im Internet nahezu vollständig unter sich aufteilen. Hierin sähen viele einen Kontrollverlust bei den Rechteinhabern.

Der Gesetzgeber habe auf diese Lage nun mit dem sog. 1. und 2. Korb im Urheberrecht reagiert. Diese Reformen seien jedoch stark von den Rechteinhabern beeinflusst worden und würden im krassen Gegensatz zur von den tatsächlichen Informationsnutzern geforderten Zugangs- und Kostenfreiheit stehen. Insbesondere mit DRM (Digital Rights Management) würde das Urheberrecht in den bislang nicht berührten privaten Bereich vordringen. Da sich DRM zudem relativ leicht umgehen lasse, sei somit auf der einen Seite ein zu starker Schutz des Urheberrechts zu sehen, der auf der anderen Seite aber für die Rechteinhaber quasi nutzlos sei.

Auch führe der bis zu 70 Jahre nach dem Tod des Autors noch geltende Urheberschutz in Verbindung mit der Tatsache, dass mittlerweile die meisten Werke von einer Vielzahl von Autoren geschaffen würden, zu einer stark vergrößerten Zahl an Rechteinhabern. Deren Ermittlung sei bei der Beschaffung von Nutzungslizenzen oft sehr schwierig. Der vom Börsenverein eingebrachte Vorschlag der Schaffung einer zentralen

Lizenzdatenbank in Europa helfe wenig, da zum Eintragen in diese Datenbank immer noch die Rechteinhaber ermittelt werden müssten.

Als mögliches Lösungsmodell ging von Olenhusen auf eine pauschale Vergütung für die Nutzung von geistigem Eigentum im Netz ein. Dies klänge zwar nach einem gangbaren Kompromiss, beinhalte jedoch massive Probleme. Bereits jetzt seien viele Informationen sogenanntes Public Domain, also lizenzfrei zugänglich. Zudem könne auf das Urheberrecht in Deutschland gar nicht verzichtet werden. Die sog. Urheberpersönlichkeitsrechte blieben immer beim Schöpfer und die Nutzungsrechte seien regelmäßig bei einer Verwertungsgesellschaft, die im Zweifel gar kein Interesse an einem solchen Pauschalmodell habe, da sie bei diesem deutlich schlechter stehe. Gerade für die Wissenschaft sei hier Open Access wohl eine erfolgsversprechendere Lösung.

Abschließend solle sich der Zuhörer die Frage stellen, ob in der heutigen Zeit kommunikative Texte überhaupt noch dem Urheberrecht unterworfen werden könnten. Jedes geistige Werk sei schließlich „ein Haus mit vielen Stockwerken“, so dass man kaum noch vom „genialen Schöpfer“ sprechen könne und der Urheber sich fragen müsse, inwiefern er überhaupt Ansprüche geltend machen dürfe. Aus diesem Blickwinkel sei es sicherlich eine Überlegung, das Urheberrecht zu einem Verbreitungs- oder Kommunikationsrecht zu entwickeln. Die meisten Schöpfer geistigen Eigentums würden heute sowieso bereits für ihre – im Angestelltenverhältnis erfolgende – Forschungstätigkeit entlohnt. Die Finanzierung der Urheber durch ihr Werk sei zudem letztlich ein bloßer Wunschgedanke, der schon vor über 100 Jahren wissenschaftlich widerlegt worden sei. Der Kreative lebe nicht von seinem Werk, sondern weil seine Frau arbeiten gehe.

V. News aus der Quasi-Hochschulpolitik

Den Tieren im Zoo ist häufig ein wenig langweilig. So richtige Feinde gibt es nicht, wenn man sich an die Gaffer einmal gewöhnt hat, und das Fressen kommt in der Regel pünktlich auf den Tisch. Daher haben sich die Tierpsychologen die eine oder andere lustige und zugleich natürlich publikumswirksame Aufgabe ausgedacht, auf dass die Tiere nicht in Apathie verfallen. Und so sieht man die Geparde, Tiger, Schimpansen und Elefanten, wie sie mit vermutlich mittelmäßiger Begeisterung diverse Hürden zum vollen Bauch überwinden.

Zoodirektorin Schavan hat hier genau zugeschaut und lässt die Universitäten in gleicher Weise springen, bevor ihnen ein Happen zugeschmissen wird. Was die Tierschützer allerdings zu verhindern wissen, nämlich die eklatante Unternährung der Zoopopulation, ist in der Hochschulpolitik schon längst gang und gäbe. Und damit funktioniert die Aufforderung, Männchen zu machen, auch problemlos, weil man eben nahe am Hungertod das kritische Potenzial in der Hoffnung auf einen auch nur halbwegs gefüllten Magen erst einmal in die Ecke stellt. Man bleibt hierbei auch ordentlich in Schwung, soweit es die wegen Hungers ein wenig degenerierten Muskeln noch zulassen, weil man

eigentlich durchgängig an irgendwelchen selbstverständlich zeitaufwändigen Wettbewerbsspielen teilnehmen muss, um gerade mal so die Grundfinanzierung der Hochschulen halbwegs zu sichern. Auf die Idee, an dieser zu arbeiten, kommt man nicht. Denn das wäre ja fast piratenmäßig und würde die behäbige und satte Universität befördern.

Während derzeit noch die Methode der tröpfelnden Gießkanne bevorzugt wird und über 100 Hochschulen 2011 als förderungswürdig erachtet wurden, möchten wir ein weiteres Mal einen Blick auf den Zoo anregen. Wie wäre es denn, Frau Schavan, wenn Sie noch ein klein wenig mehr an der Hungerschraube drehen würden, nur ein klein bisschen, weil viel mehr eben nicht geht. Und dann könnte man das beobachten, was uns ab und zu aus asiatischen Zoos berichtet wird, nämlich die Selbstzerfleischung von Artgenossen. Das müsste doch auch ganz interessant anzuschauen sein. Und wäre zudem im Sinne der Exzellenz.

<http://tinyurl.com/SPON-Lehre>

VI. Die Bilanzecke

Der Newsletter wendet sich an LeserInnen mit negativer Bilanz. Das ist unser Anspruch und liegt schlicht darin begründet, dass auch wir eine solche haben und uns nicht anmaßen wollen, die Menschen auf der Sonnenseite des Lebens anzusprechen. Wie uns Max Goldt zeigt, können selbst Gräfinnen eine negative Bilanz aufweisen – und manchmal sogar ganz zu Unrecht. Das stimmt uns weihnachtlich gelassen.

Die Gräfin mit der negativen Bilanz: Fernab unserer Hauptverkehrsadern wohnt eine alte Gräfin, die den Ruf hat, extrem gemein zu sein. Sie besitzt einen ganzen Bottich voll Juwelen, sagt aber keinem, wo sie den versteckt hat. Wenn man gegen ihre Türe bollert und ruft „Her mit den Juwelen, du alte Schreckschraube“, dann öffnet sie nicht einmal, sondern sagt durch die Tür hindurch: „Nee, die behalte ich!“ Kein Wunder, dass niemand in unserem Volk positiv Bilanz über diese Gräfin zieht.

Einmal fuhren zwei junge Springinsfelde in gutsitzenden, aber mit Mirácoli-Soße besudelten Jeans eine Hauptverkehrsader entlang. Plötzlich riefen die Springinsfelde: „Der Herrgott kann sich seine Hauptverkehrsadern an den Hut stecken“, und bogen demzufolge in einen Feldweg ein.

Nach nicht aufsehenerregend langer, aber auch nicht übertrieben kurzer Zeit gelangten sie zum Anwesen der Gräfin mit der Negativbilanz. Da es warm war, begannen sie, das Haus abzureißen. Das missfiel der Gräfin, die darin saß und ihre Juwelen mit Juwelenpflegemittel einrieb. Sie trat vor die Türe und plärte: „Was fällt Ihnen ein, einfach mein Haus abzureißen? Es ist doch ein einwandfreies Haus in mittlerer Wohnlage!“ – „Ach, Entschuldigung“, gaben die Burschen zurück, „uns war so heiß.“ Die Gräfin erwiderte: „Wenn Ihnen heiß ist, dann nehmen Sie lieber ein Brausebad, statt

Häuser abzureißen. Ich erlaube Ihnen, mein Badezimmer zu nutzen. Aber spritzen Sie ja nicht den Klodeckel nass. Es hat schon einmal einer meinen Klodeckel nassgespritzt, und den habe ich aus dem Haus gejagt, seitdem bin ich einsam und psychisch krank und habe ein Negativimage. Wenn Sie aber gut achtgeben, wasche ich gerne Ihre mit Mirácoli-Soße bespritzten Jeans, während Sie Ihre Leiber abrausen.“ – „Dürfen wir unser Radio mitnehmen?“ fragten die Springinsfelde. Die Gräfin erlaubte es.

Als die beiden aus dem Bade kamen, hatten sie nichts an außer ihrem Radio. Die Gräfin ließ sich aber von den unverhüllten Adamsreizen nicht groß beeindruckt, denn ihr sexuelles Interesse war bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg erloschen. Sie polierte weiter ihre Juwelen. Die Burschen riefen: „Mann, sind das Kawenzmänner! Kriegen wir welche ab?“ – „Nee, die behalte ich“, sagte die Gräfin, „aber Ihre Hosen können Sie aus dem Trockner holen.“

Während die Burschen zurück zur Hauptverkehrsader führen, zogen sie negativ Bilanz über die Gräfin. Eigentlich total ungerecht, denn immerhin hat sie ihnen ihre Dusche angeboten, die Jeans gewaschen und obendrein auch recht kulant reagiert, als man sich anschickte, ihr Haus abzureißen. Theoretisch hätte sie ja auch die Polizei rufen können. Hat sie aber nicht. Unserem Volk ist nahezulegen, sein hartes Urteil über die Gräfin zu revidieren. Die Blöden sind doch eigentlich die Springinsfelde. Das Haus abzureißen, nur weil ihnen warm ist. Was ist denn das für eine Begründung?

VII. Die Kategorie, die man nicht braucht

Eine Islamwissenschaftlerin in der Rubrik „Zu Ende gebracht“ auf die Frage nach dem Außerberuflichen: „Interessen neben den fachlichen sind Opfer.“ – Das lässt uns doch kurz innehalten. Das nochmalige Anführen des Fachlichen ist klar, niemand lässt sich die Chance entgehen, darauf hinzuweisen, dass jenseits des Berufs eigentlich nur noch Ödnis herrscht, aber der Hinweis auf die Opfer kommt unerwartet lässig daher. Nicht der „Schutz der Opfer“ oder so, sondern schlicht „Opfer“, ohne Artikel, so wie wir es vom Schulhof her kennen. „Wer sind denn in Ihren Augen Opfer?“, wollen wir gerade anheben, neugierig zu fragen, als wir leicht desillusioniert feststellen: Es geht doch nur um die Oper, womit sich wieder alles fügt.

Gespräch mit einem JVA-Bediensteten, ob Inhaftierte für ein Projekt noch einen Beitrag leisten könnten: „Klar, sie haben ja Zeit.“

VIII. Das Beste zum Schluss

Und die Griechen? Sie schunkeln, als wäre nichts gewesen.

<http://tinyurl.com/youtube-oropax>

Ihr LSH, uns interessiert wenig mehr als uns selbst

--

NL vom 16.12.2011

Roland Hefendehl
Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht
Tel.: +49 (0)761 / 203-2210
Fax: +49 (0)761 / 203-2219
Mail: hefendehl@jura.uni-freiburg.de
Netz: <http://www.strafrecht-online.org>